



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.10.2022

Dringlichkeitsaktion 18/22 – UKRAINE / RUSSLAND / INDIEN:

Folter / Entführungen / Kriegsverbrechen



Ukraine: 45,7 Mio. Einwohner auf 603.700 km² Fläche (einschl. Krim), BSP/Einw. 3.500 \$ (2012), Bevölkerung: 78% Ukrainer, 17% Russen, 0,6% Weißrussen, 0,5 % Krimtataren; insg. über 130 Nationalitäten. Religion: 52% Orthodoxe, 9% Griechisch-Katholische, 4% Muslime, 3% Protestanten, 2% Katholiken; Minderheiten von Juden u.a. Die Ukraine hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Im April hatten wir mit einem Appell den indischen Premierminister Modi aufgerufen, Russland zu einem Ende der gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine aufzurufen. Indien und Russland verbindet eine traditionelle Partnerschaft, die eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit wie auch eine Kooperation im Rüstungsbereich umfasst. Bisher hat Indien den Angriffskrieg eher zurückhaltend kritisiert. Der Premierminister verurteilte zwar die Massaker im Kiewer Vorort Butscha, ohne jedoch Russland namentlich zu erwähnen. Seine Äußerungen beim Treffen der Staaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, dass die jetzige Zeit keine Ära des Krieges sei, ließen sich als Distanz zu Putin interpretieren. Der indische Außenminister betonte auf der UN-Generalversammlung die Geltung der UN-Charta und der Prinzipien staatlicher Souveränität.

Auch wenn es derzeit unklar erscheint, wie sich Indien im Ukraine-Konflikt weiter positionieren wird, verfügt die Regierung des Landes zweifellos über Gesprächskanäle mit dem Kreml.

Mit dieser Briefaktion soll Premierminister Modi darum gebeten werden, sich für die Opfer des Krieges und für ein Ende des russischen Angriffs einzusetzen.

Anfang September richtete das UN-Menschenrechtsbüro schwere Vorwürfe an Russland und betonte besonders das Leid der Kinder im Krieg. Es gebe glaubhafte Berichte, dass Kinder zwangsweise in russisch besetzte Gebiete oder nach Russland verschleppt und umgesiedelt würden.

Die stellvertretende UN-Generalsekretärin für Menschenrechte, Ilze Brands Kehris, äußerte vor dem UNO-Sicherheitsrat, ihr Büro sei besorgt. Die russischen Behörden würden ein „vereinfachtes Verfahren“ anwenden, über das ukrainischen Kindern ohne elterliche Fürsorge die russische Staatsbürgerschaft verliehen werde. Dies ermögliche Zwangsadoptionen ukrainischer Kinder durch russische Familien.

Ebenso kritisiert das UN-Menschenrechtsbüro die Einrichtung von Filtrationszentren, in denen ukrainische Zivilpersonen umfassend durchsucht und befragt werden sollen. Für Frauen und Mädchen bestehe eine erhebliche Gefahr, dabei Opfer sexueller Gewalt zu werden. Die UN hätten Kenntnis davon, dass Menschen willkürlich inhaftiert werden und Folter erleiden.

Ende September stellte eine UN-Untersuchungskommission zum Angriffskrieg einen Zwischenbericht vor. Darin wird festgestellt, dass russische Soldaten Kriegsverbrechen wie Folter, Vergewaltigungen und Hinrichtungen begangen haben. Das unabhängige Expertenteam sieht eine eindeutige Beweislage.

Die kürzlich entdeckten Massengräber in der Stadt Isjum sollen noch in die künftigen Untersuchungen einbezogen werden.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an den Ministerpräsidenten der Republik Indien und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto nach Indien, Luftpost, 1,10 EUR; nach Berlin 0,85 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.10.2022.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/26557000, S.E. Herrn Haris Parvathaneni; E-Mail: hoc.berlin@mea.gov.in]